

Schriftwechsel zur CDU-Position Umbenennung „Netzwerk gegen rechts“ in „Netzwerk gegen Rechtsextremismus“




Von: netzwerkgr@googlegroups.com [mailto:netzwerkgr@googlegroups.com]

Im Auftrag von Dietrich Schulze

Gesendet: **Donnerstag, 8. September 2016 18:30**

An: 'Johanna Hopfengärtner'; netzwerkgr@googlegroups.com

Betreff: [netzwerkgr] VVN an Stadt AW: Netzwerk Karlsruhe gegen rechts: Protokoll und Terminabfrage

 Nachricht |  2016_07_Namensänderung Netzwerk CDU.pdf (1 MB) |  VVN_05092016.pdf (652 KB)

[Seiten 2-8]

Liebe Johanna, liebe Netzwerker*innen,
zu dem nochmals beigelegten Antrag der CDU-Fraktion hat die VVN-BdA Kreis Karlsruhe am Montag an den OB und die Gemeinderäte geantwortet. Namens der Kreisorganisation bitte ich Euch um Nachsicht, dass dieser inhaltsreiche Email-Brief erst heute an Euch als betroffenes Netzwerk weiter gereicht wird. Wir bitten darum, unsere Argumente zum Kontext zu studieren. Gerne werden wir uns in dieser wichtigen Grundsatzfrage bemühen, Eure Gedanken dazu im Netzwerk zu beraten.

Mit kollegialen Grüßen

Dr. Dietrich Schulze

Von: Johanna Hopfengärtner [mailto:j.hopfengaertner@stja.de]

Gesendet: **Mittwoch, 31. August 2016 12:53**

Betreff: Netzwerk Karlsruhe gegen rechts: Protokoll und Terminabfrage

Wichtigkeit: Hoch

Liebe Netzwerkpartnerinnen und -partner, im Anhang finden Sie das Protokoll der letzten Sitzung vom 27.07.2016 sowie die dazu gehörigen Unterlagen.

Für die geplante Strategieklausur gibt es eine Terminabfrage unter folgendem Link:

<http://doodle.com/poll/kn8h7dw8ya6cknnr>

Bitte tragen Sie sich bis zum 27.09.2016 ein, danach wird der Termin mit den meisten Teilnehmer*innen ausgewählt.

WICHTIG: Für die Gegenaktionen am 16.09. wird noch ein Orga-Team gesucht.

Bitte melden!

Mit freundlichen Grüßen,
Johanna Hopfengärtner

Fachstelle gegen rechts im StJA e.V.

Kronenplatz 1

76133 Karlsruhe

Telefon (0721) 133-5646

Telefax (0721) 133-5639

www.jubez.de/page/aktiv-sein-gegen-rechts

www.ns-in-ka.de

www.ka-gegen-rechts.de

--

Dies ist eine Nachricht eines Mitglieds der Gruppe "Netzwerk Karlsruhe gegen rechts". Die Gruppe dient der Kommunikation und Information der Gruppenmitglieder untereinander. Am "Netzwerk gegen rechts" beteiligen sich Akteure aus einem breiten und vielgestaltigen Spektrum. Die hier geposteten Inhalte liegen in der Verantwortung ihrer Absender und repräsentieren nicht notwendigerweise eine gemeinsame Haltung aller Mitglieder des Netzwerks.

Sie erhalten diese Nachricht, weil Sie Mitglied der Google Groups-Gruppe "Netzwerk Karlsruhe gegen rechts" sind.

Wenn Sie sich von dieser Gruppe abmelden und keine E-Mails mehr von dieser Gruppe erhalten möchten, senden Sie eine E-Mail an netzwerkgr+unsubscribe@googlegroups.com.

Wenn Sie Nachrichten in dieser Gruppe posten möchten, senden Sie eine E-Mail an netzwerkgr@googlegroups.com.

Besuchen Sie

https://groups.google.com/d/msgid/netzwerkgr/57d19248.8fc11c0a.382eb.de39SMTPIN_ADDED_BROKE_N%40gmr-mx.google.com, um diese Diskussion im Web anzuzeigen.

Weitere Optionen: <https://groups.google.com/d/optout>



CDU-Fraktion im
Karlsruher Gemeinderat

CDU-Fraktion · Hebelstraße 13 · 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
Rathaus
76124 Karlsruhe
– *Per E-Mail* –

1. Juli 2016

Thema:

Namensänderung des „Netzwerk Karlsruhe gegen rechts“

Antrag

Die CDU-Fraktion beantragt:

Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, darauf hinzuwirken, dass das „Netzwerk Karlsruhe gegen rechts“ in „Netzwerk Karlsruhe gegen Rechtsextremismus“ umbenannt wird.

Sachverhalt/Begründung:

Das „Netzwerk Karlsruhe gegen rechts“ soll mit all seinen Netzwerkpartnern ein starkes Bündnis und eine große Plattform sein, welches sich „im Rahmen von professioneller oder ehrenamtlicher Tätigkeit gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagiert“.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss jedoch das Netzwerk durch seinen Namen seine Ziele klar bekennen und darf niemanden ausschließen, der die gleichen Ziele verfolgt. Momentan schließt das Netzwerk jedoch aufgrund seines Namens diejenigen aus, die zum rechten politischen Spektrum gehören. Die politischen Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“ sind geschichtlich auf die Französische Nationalversammlung zurückzuführen. Heute wird oftmals das komplette politische Spektrum in „links“ oder „rechts“ vereinfachend unterteilt. Dementsprechend sind viele Parteien und deren Wählerinnen und Wähler von dem Begriff „rechts“ betroffen. Die allermeisten Wählerinnen und Wähler rechter Gruppierungen wollen keinesfalls vom Netzwerk ausgegrenzt werden. Rechtsextremismus und demokratisch-rechte Positionen unterscheiden sich vollkommen voneinander und sind geradezu gegensätzlich.

Innerhalb des demokratischen Spektrums wird der Begriff „rechts“ heute meist gleichgesetzt mit „konservativ“ oder „bürgerlich“, was im demokratischen Sinne bedeutet, dass man positive Traditionen der Vergangenheit bewahrt und nicht leichtfertig gesellschaftsverändernden Utopien opfern möchte. Die demokratische Regierungsform und die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Grundgesetze werden befürwortet.

Dagegen bewerten Rechtsextremisten die eigene Nation über andere Nationalitäten. Nicht alle Menschen sollen die gleichen Rechte haben. Autoritäre Regierungsformen werden gegenüber der Demokratie verherrlicht und Gewaltanwendung ist als Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele legitim.

Es sollte deshalb bereits durch den Namen des Netzwerks ganz klar zum Ausdruck kommen, dass es eine Plattform gegen „Rechtsextremismus“ sein will und nicht gegen „rechts“. Durch eine Namensänderung zu „Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ werden sich künftig mehr Netzwerkpartner finden, um eine noch größere Plattform für ein gemeinsames Ziel zu bilden.

Extremismus wird von der CDU-Fraktion in Gänze abgelehnt. Egal ob es sich um linksextremen, rechtsextremen oder islamistischen Extremismus handelt. Es soll deshalb für die Zukunft nicht ausgeschlossen sein, den Namen des Netzwerkes in „Netzwerk Karlsruhe gegen Extremismus“ zu ändern. Momentan sieht die CDU-Fraktion jedoch aufgrund der wiederkehrenden und rechtsextremen Demonstrationen zunächst das gemeinsame Ziel, hiergegen eine möglichst breite Plattform aufzustellen.

Unterzeichnet von:

Stadtrat Tilman Pfannkuch (CDU), Stadträtin Dr. Rahsan Dogan (CDU), Stadtrat Dr. Albert Käuflein (CDU), Stadtrat Sven Maier (CDU) und Stadträtin Karin Wiedemann (CDU) sowie CDU-Gemeinderatsfraktion

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V. Kreisvereinigung Karlsruhe



VVN-Bund der Antifaschisten • J. Kany • Welfenstraße 30 • 76137 Karlsruhe

An OB Dr. Frank Mentrup und die Karlsruher Gemeinderäte
per Email **Von:** VVN BdA KA [<mailto:VVN.KA@gmx.de>]

Gesendet: Montag, 5. September 2016 19:12

An: dez1@karlsruhe.de; fraktionen@karlsruhe.de

VVN-Bund der Antifaschisten
Kreisvereinigung Karlsruhe
Jens Kany
Welfenstraße 30
76137 Karlsruhe
E-Mail VVN.KA@gmx.de

05.09.2016

Betreff: CDU-Antrag an den Gemeinderat zur Namensänderung des „Netzwerks Karlsruhe gegen rechts“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

wie Sie wissen, beantragte die CDU-Fraktion im Gemeinderat am 1. Juli 2016, dass die Stadtverwaltung auf eine Umbenennung des „Netzwerks Karlsruhe gegen rechts“ in „Netzwerk Karlsruhe gegen Rechtsextremismus“ hinwirken solle.

In der Begründung wird auf das Fernziel „Netzwerk Karlsruhe gegen Extremismus“ hingewiesen. Diesen Hintergrund hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende beim Protest am 13. Mai gegen einen Neonazi-Auftritt am Stephanplatz ähnlich ausgedrückt. Gemäß Stadtzeitung vom 17. Juni war das im Gemeinderat von den Fraktionen der CDU und FDP genauso in der Diskussion begründet worden.

Diese Position war früher schon im Netzwerk selbst vorgetragen worden, fand dort aber keine nennenswerte Unterstützung. Aus gutem Grund. Das „Netzwerk Karlsruhe gegen rechts“ ist ein zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss, der von der „Fachstelle gegen rechts im Stadtjugendausschuss e.V.“ koordiniert und in seinen Aktivitäten unterstützt wird. Das „Netzwerk Karlsruhe gegen rechts“ ist also ein autonomer Zusammenschluss und keine städtische Einrichtung.

Der Beschlussantrag – auch in der abgeschwächten Form eines Hinwirken-Sollens – unterliegt demzufolge nicht dem Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) Kreisvereinigung Karlsruhe bittet Sie aus den genannten Gründen, dem CDU-Antrag nicht zuzustimmen. Auch eine Stimmenthaltung wäre ein gut begründetes Signal.

Zu Ihrer Information legen wir Ihnen den Schriftwechsel der VVN-BdA mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Tilman Pfannkuch aufgrund unserer PM vom 10. Juli bei.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Kany



Presse-Erklärung

10. Juli 2016

Extremismus-Vorwürfe spalten demokratischen Widerstand gegen Neonazis

Die Resolution des Karlsruher Gemeinderats gegen Rechtsextremismus vom 19. Mai 2015 sprach sich am Schluss gegen „Extremismus in jeder Form“ aus. Eine politische Formel, die rechts und links gleichsetzt, eine Sprachfassung der sog. „Extremismustheorie“.

Der Gegenprotest gegen Pegida, Kargida, „Widerstand Karlsruhe“ bzw. „Karlsruhe wehrt sich“ wurde und wird seitdem weiter als links und linksextrem denunziert. Den Neonazis wird demgegenüber das Versammlungsrecht großzügig ausgelegt, obgleich Grundgesetz Art.

139 das Verbot faschistischer Organisationen vorsieht. Auch die Verhöhnung von Art. 1 GG „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ durch die Nazis bleibt ohne städtische Konsequenzen.

Beim Gegenprotest am 13. Mai hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat das „Netzwerk gegen Rechts“ angegriffen statt sich der Auseinandersetzung mit den Nazis zu stellen. Wörtlich sagte er: „Die Bezeichnung des Netzwerks als ‚Netzwerk gegen Rechts‘ ist dann aber genau das falsche Signal. Daher sollten wir unsere gesamte gemeinsame Kraft gegen diejenigen richten, die sich Radikalität und Extremismus auf die Fahnen geschrieben haben. ... Extremisten halten sich gemeinsam nicht an Recht und Gesetz.“ Tatsächlich ist das Netzwerk „Karlsruhe gegen Rechts“ nach seinem Selbstverständnis „ein Zusammenschluss von Vertreter*innen öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gruppen in Karlsruhe, die sich gegen Rechts-Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren.“ Da sich „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bis in die sogenannte „Mitte“ der Gesellschaft hinein beobachten lässt, heißt das Netzwerk völlig zu Recht „gegen Rechts“.

Gemäß Stadtzeitung „Stimmen aus dem Gemeinderat“ am 17. Juni startete die CDU abermals einen Spaltungsversuch: „Über eine Ablehnung jeder Form des Extremismus und eine entsprechende positive Formulierung des Namens sind wir im Gespräch.“ Die FDP ging gemäß Stadtzeitung noch weiter: „Philosophisch und historisch ist es oft schwierig, den Unterschied zwischen Rechts- und Linksextremismus zu sehen. Etwas ist gemeinsam: der Hass gegen das demokratische politische System und eine Menschen verachtende, blinde Ideologie. ... Als Politiker und Bürger ist es eine gemeinsame Aufgabe ein deutliches NEIN zum Extremismus zu sagen. Von links oder rechts.“

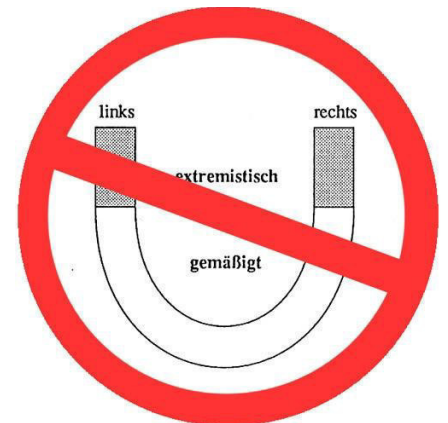
Für 3. und 16. September haben die Nazis „Karlsruher wehrt sich“ weitere Aufmärsche angekündigt, auf denen wieder Reichsflaggen geschwenkt und in Nazi-Tradition Fackeln getragen werden.

Karlsruhe ist mittlerweile zur „Wohlfühlzone“ für Neonazis geworden. Für den 3. Juni 2017 mobilisieren Nazigruppen nun aus ganz Deutschland zum sog. „Tag der deutschen Zukunft“ nach Karlsruhe. Unsere Stadt soll dann Schauplatz des größten Neonazi-Events Deutschlands werden.

Mit Beibehalten der Extremismustheorie wird die Spaltung in der Auseinandersetzung gegen Neonazis, Rassisten und Antidemokraten anhalten und Karlsruhe zu einem noch beliebteren Aufmarschort von Neonazis werden!

Wir fordern vom Gemeinderat, in einer Überarbeitung der o.g. Resolution die Extremismusformel zu streichen. Die kommunale Politik sollte sich im Kampf gegen Rechts mit eindeutigen Begriffen und Handlungen positionieren.

Den rechten Spuk in Karlsruhe endlich zu beenden, heißt Schluss machen mit der Denunziation von antifaschistischem Protest durch Konservative, Polizei, Stadt und BNN. Stattdessen ist gesellschaftliche Zivilcourage zu entwickeln und sich den Nazis energisch in den Weg stellen!



Herrn
Jens Kany
Welfenstraße 30
76137 Karlsruhe
- Per E-Mail -

1. August 2016/SF

Extremismus-Vorwürfe

Sehr geehrter Herr Kany,

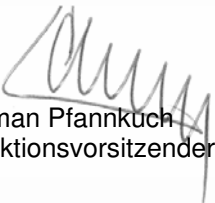
haben Sie vielen Dank für Ihre E-Mail vom 11. Juli 2016 in Sachen „Extremismus-Vorwürfe spalten den demokratischen Widerstand gegen Neonazis“, die ich Ihnen gerne stellvertretend für die CDU-Fraktion beantworten möchte.

Dem von Ihnen geäußerten Vorwurf – unsere Fraktion würde den demokratischen Widerstand spalten – möchte ich in aller Deutlichkeit widersprechen. Was wir wollen ist, dass sich alle Menschen einem „Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ anschließen können, die den Wunsch haben, sich gegen Rechtsextremismus engagieren zu wollen. Gespalten wird durch den momentanen Namen „Netzwerk gegen rechts“, durch den sich Wählerinnen und Wähler aus dem rechten demokratischen Spektrum von dem Netzwerk ausgeschlossen fühlen. Dieser Personenkreis verfolgt jedoch das gleiche Ziel, für das auch das Netzwerk stehen will: Engagement gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

„Rechts“ ist gleichbedeutend mit „konservativ“ oder „bürgerlich“, was im demokratischen Sinne bedeutet, dass man positive Traditionen der Vergangenheit bewahrt und nicht leichtfertig gesellschaftsverändernden Utopien opfern möchte. Die demokratische Regierungsform und die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Grundgesetze werden befürwortet. Rechtsextrem sind hingegen Menschen, welche die eigene Nation über andere Nationalitäten stellen. Nicht alle Menschen sollen die gleichen Rechte haben. Autoritäre Regierungsformen werden gegenüber der Demokratie verherrlicht und Gewaltanwendung ist als Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele legitim. Ich vermute einmal stark, dass wir demokratisch denkenden Menschen uns gemeinsam gegen letztere engagieren möchten und nicht das Netzwerk dazu benutzen wollen eigene – linkspolitische – Ziele zu verfolgen.

Die CDU-Fraktion lehnt zudem in Gänze Extremismus in jeglicher Form ab. Auch das ist kein Spaltungsversuch, sondern es entspricht schlicht den Tatsachen, dass viele Anhängerinnen und Anhänger der linksextremen Szene, als auch diese aus der rechtsradikalen Szene nicht selten gewaltbereit sind und zu großen Teilen gegen unsere freiheitlichen und demokratischen Grundwerte vorgehen. Für den Islamismus gilt das Gleiche. Mögen die Beweggründe und Ideologien der verschiedenen Extremisten auch völlig andere sein. Für unsere Fraktion gilt es unsere freiheitlichen und demokratischen Grundwerte friedlich und miteinander zu bewahren und uns dafür einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen


Tilman Pfannkuch
Fraktionsvorsitzender

**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V.
Kreisvereinigung Karlsruhe**

Jens Kany
Welfenstr. 30
76137 Karlsruhe
VVN.KA@gmx.de
<http://karlsruhe.vvn-bda.de/>



**Antwort auf die Stellungnahme der CDU-Fraktion
im Gemeinderat vom 1. August (*)**

5. August 2016

**Gesellschaftliche Zivilcourage
statt Denunziation mit Extremismus-Formel**

Sehr geehrter Herr Pfannkuch,

wir bedanken uns für Ihre Stellungnahme vom 1. August 2016 im Namen der CDU-Gemeinderatsfraktion und freuen uns sehr über Ihre Bereitschaft zur Debatte. Gerne nehmen wir den Ball auf und gehen auf ihre Argumente ein.

Ihre Argumentation gründet in der Aussage, die CDU sei eine rechte Partei. Das Wort „rechts“ wird von Ihnen gleichgesetzt mit „konservativ“ oder „bürgerlich“. Folglich sehen Sie sich durch den Namen „Netzwerk gegen rechts“ diskriminiert. Diese Argumentation hat uns doch sehr verwundert! Heißt es doch in der Präambel des aktuellen CDU-Grundsatzprogramms, beschlossen vom 21. Parteitag Ende 2007: „Die CDU ist die Volkspartei der Mitte.“ Gerade aus diesem Anspruch heraus resultiert doch die von Ihnen selbst vertretene Extremismustheorie (ohne „Mitte“ keine „Extreme“). Selbst wenn Sie sich am rechten Rand der Mitte verorten, so gehören Sie doch immer noch der Mitte an! Ihr eigenes Grundsatzprogramm zugrunde gelegt sind Sie folglich durch den Namen „Netzwerk gegen rechts“ überhaupt nicht betroffen. Ihre Sorge ist somit unbegründet!

Mit dem Extremismus-Begriff wird die Zusammenarbeit aller Kräfte gegen die Neonazi-Aktivitäten auseinander dividiert. Deswegen bleiben wir dabei, dass die Extremismusformel aus der Gemeinderats-Resolution zu streichen ist. Das „Netzwerk gegen rechts“ redet über konkrete Forderungen und politische Inhalte. Es arbeitet mit dem wissenschaftlichen Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Das beinhaltet: Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Obdachlosen und Menschen mit Behinderung, Homophobie, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Abwertung von Asylbewerbern, Abwertung von Sinti und Roma etc.

All das sind konkrete Themen- und Handlungsfelder auf denen gemeinsam und konstruktiv gearbeitet werden kann. Das bedeutet auch Wachsamkeit in Bezug darauf, dass die Gefährdung humanistischer Werte eben nicht nur von den sog. extremen Rändern ausgeht, sondern auch exakt aus der sog. Mitte der Gesellschaft. Beachten Sie hierzu auch die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig, die dies seit Jahren eindrucksvoll und empirisch exakt nachweisen.

Begegnen Sie antifaschistischem Protest in unserer Stadt nicht weiter mit Misstrauen oder gar Denunziation, sondern bringen Sie sich selbst aktiv in den Protest ein. Wir bleiben dabei: Die Umbenennung des „Netzwerks gegen rechts“ in „Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ kann nur einen Zweck verfolgen, nämlich die Umbenennung als Zwischenschritt für den von der CDU von Beginn an geforderten Namen „Netzwerk gegen Extremismus“ zu etablieren. Wir halten die Orientierung des Netzwerks am Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit für die richtige Grundlage für ein gemeinsames Handeln.

Über den Extremismus-Begriff sei zum Schluss noch ein CDU-bezogener, historischer Exkurs angeführt: Nach 1945 schlossen sich zahlreiche Rückkehrende aus den Konzentrationslagern zu Verfolgtenvereinigungen zusammen. Darunter Christdemokraten, Sozialdemokraten, Konservative, Liberale und auch Kommunisten. Gemeinsam (!) setzten diese sich für dasjenige ein, was im §132 GG „Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ genannt wird. Das ist die Grundlage unserer Organisation, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Die CDU war damals Teil dieses antifaschistischen Konsensus! Im Gründungsprogramm der CDU, dem Ahlener Programm von 1947, lesen wir gleich im ersten Satz: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. – Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Diese Gedanken bilden die programmatische Geburtsstunde der CDU! Das waren auch die christdemokratischen Lehren aus 12 Jahren Nationalsozialismus! Alle antinazistischen politischen Strömungen stellten damals den historischen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Nationalsozialismus her. Das erscheint bei Ihnen heute als „linksextreme“ Einstellung. Beweist das nicht die Absurdität Ihrer Position?

Anstelle Ihrer Ausgrenzungsversuche gegen Links reihen Sie sich lieber ein und überlegen heute schon mit, wie der geplante bundesweite Naziaufmarsch am 3. Juni 2017 mit gesellschaftlicher Zivilcourage in einem breiten Bündnis der Stadtgesellschaft verhindert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

(*) 2 Anlagen: CDU 1.8.16 und VVN PM 10.7.16

Antwort: Aw: Antwort: PM "Extremismus-Vorwürfe spalten demokratischen Widerstand gegen Neonazis"

Von: cdu@fraktion.karlsruhe.de
An: "VVN BdA KA" <VVN.KA@gmx.de>
Datum: 18.08.2016 13:03:11

Sehr geehrter Herr Kany,

haben Sie vielen Dank für Ihre ausführliche Antwort vom 5. August 2016 auf mein Antwortschreiben an Sie.

Ihren Brief habe ich mit Interesse gelesen, muss Ihnen aber sagen, dass wir in vielen Dingen eine unterschiedliche Auffassung vertreten, die wir wohl beidseitig respektieren müssen.

Die CDU-Fraktion steht zu der Forderung nach einer Umbenennung des "Netzwerks gegen rechts" in „Netzwerk gegen Rechtsextremismus“. Die Gründe hierfür habe ich Ihnen in meinem ersten Schreiben ausführlich erklärt.

Mit freundlichen Grüßen
Tilman Pfannkuch
Fraktionsvorsitzender

CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe
Haus der Fraktionen
Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe
Tel.: 0721/ 2 95 94
Fax: 0721/ 2 86 63
E-Mail: cdu@fraktion.karlsruhe.de
www.cdu-fraktion-karlsruhe.de